

# CNE Monatsmagazin

CNE für Deutschland

Deutschland für CNE



Interessantes aus  
Deutschland für  
CNE-Leser

Interessantes von  
CNE für  
deutsche Leser

## Brüsseler Spitze

*Es war eine lange Ballnacht. Über 350 Kapitalisten fanden in diesem Jahr den Weg nach Brüssel, um im Concert Noble den Kapitalismus zu feiern, das Tanzbein zu schwingen und verdiente Liberale auszuzeichnen, u.a. die Gründer des IEA, Arthur Seldon und Ralph Harris, sowie den spanischen Ökonomen Jesús Huerta de Soto.*



*Lord Harris of High Cross und Gattin mit Italiens  
Verteidigungsminister und Laudator Antonio Martino (Mitte)*

Zur Eröffnung sagte CNE-Präsident Tim Evans: „Auch heute noch trägt Europa schwer an den Folgen der staatsgläubigen Politik, die das letzte Jahrhundert prägte. Hohe Arbeitslosigkeit, geringes Wachstum, wohin man schaut. Alle staatlichen Dienstleistungen, ob im Gesundheitssektor, Sozialwesen oder Bildungsbereich, werden den Konsumenten und ihren Wünschen nicht gerecht. Dennoch setzen viele Entscheidungsträger nach wie vor auf den Zwang als gesellschaftsstiftendes Mittel: bei der Besteuerung und Regulierung und bei der Gestaltung der Sozialsysteme. Wir Libertäre wissen, daß dieser Weg in den Abgrund führen muß und vor allem die Ärmsten und Wehrlosesten ins Unglück stürzt.“

Wie in jedem Jahr, so wurde auch diesmal die Adam Smith Büste an verdiente Liberale vergeben. Vorjah-

respreisträger Antonio Martino pries das Lebenswerk der beiden Gründerpräsidenten des Londoner IEA, Dr. Arthur Seldon, CBE, und Lord Harris of High Cross. Martino erinnerte in seiner Lobrede an die Worte Margaret Thatchers anlässlich des 30. Jahrestages des IEA: „Ich möchte sagen, wie dankbar wir Ihnen sind, Ihnen und den Gelehrten und Journalisten, die sich Ihrem Bemühen angeschlossen haben. Sie waren wenige, aber sie hatten recht, und sie retteten Großbritannien.“

In seiner Dankesrede hob Lord Harris die Bedeutung des liberalen Engagements hervor. Zwar gebe es heute erfreulicher Weise mehr Weggefährten, doch auch die Zahl der Freiheitsbedrohungen habe im vereinten Europa zugenommen. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß sein Mitstreiter Arthur Seldon krankheitsbedingt der Feier fernbleiben mußte,

## Themen dieser Ausgabe



**Brüsseler Spitze** ..... 1  
*Der CNE Capitalist Ball  
und seine Preisträger*

**Berliner Welle**..... 3  
*Edgar Gärtner über  
grüne Amigos*

**Grünfutter**..... 11  
*Klaus-Dieter Jany  
im Interview mit  
Thomas Deichmann*

**Salzburger Nockerln** 13  
*Hardy Bouillon über  
seine Pläne als Hayek-  
Stiftungsgastprofessor  
in Salzburg*



**Nr. 3  
März 2005**

und versprach, dem Co-Laureaten die frohe Botschaft und den Erfolg der Veranstaltung unverzüglich mitzuteilen.



*Schaute dem Balltreiben in allen Räumen zu: Ayn Rand, die am 2. Februar 100 Jahre alt geworden wäre.*

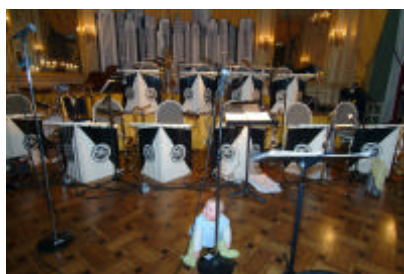
Der Ballsaal war ganz im Stile der *roaring twenties* geschmückt und das Antlitz von Ayn Rand zierte die in großer Zahl aufgehängten Plakate. Tim Evans verriet, warum:

„Fast auf den Tag genau vor 100 Jahren wurde die große Protagonistin des freien Marktes, Ayn Rand, geboren. Vielen unter uns ist sie Quell der Inspiration. Und auch wenn wir auf der politischen Bühne den Sieg noch nicht davongetragen haben: zumindest das intellektuelle Blatt scheint sich so langsam zu wenden. Die liberale Botschaft findet eine zunehmende Verbreitung, sowohl in den Medien als auch im immer bedeutender werdenden Internet. Von Moskau bis Dublin und von Schweden bis Griechenland begegnen wir inzwischen mehr als 120 aktiven marktorientierten Think Tanks. Ihr Einfluß, Erfolg und Erbe wächst von Tag zu Tag.“

Einen großen Anteil an dieser Entwicklung haben gewiß die zahlreichen Publikationen, in den liberale Konzepte vorgeschlagen und etatistische Lösungen kritisch analysiert werden. CNE lobte in diesem Jahr gleich zwei Adam Smith-Publikationspreise aus, zum einen für die am öftesten heruntergeladene CNE-Publikation und zum anderen für das am meisten nachgefragte CNE-Buch. Gewinner in der Online-Kategorie war, wie schon im Vorjahr, Jakob Arfwedson und seine Studie *Parallel Trade in Pharmaceuticals*. In der Buchkategorie wurde Dr. Wilfried Prewo für seine Publikation *From Welfare State to Social State* ausgezeichnet.



*Jacob Arfwedson (rechts) zeigte sich erstaunt, bereits im zweiten Jahr die Top Ten der Online-Studien anzuführen und führte seinen Erfolg u.a. auf die anhaltende Bedeutung des Themas Reimporthe zurück. Der Preis wurde ihm von CNE-Managing Director James Rogers (links) überreicht.*



*Für den beruflich verhinderten Dr. Wilfried Prewo nahm dessen Mitarbeiter Dr. Michael Seitz (oben) die Ehrung entgegen. Der Laureat wisse die Bedeutung des Preises zu würdigen, sagte Seitz, und bedauere um so mehr, ihn nicht selbst entgegennehmen zu können.*



## Jesús Huerta de Soto

Nach Gerard Radnitzky und Anthony de Jasay ist Jesús Huerta de Soto der dritte Gelehrte, der für seine herausragenden wissenschaftlichen Verdienste im Rahmen des CNE-Capitalist Balls mit einem Preis ausgezeichnet wurde.

Der spanische Ökonom mag hierzulande bislang noch wenig in Erscheinung getreten sein, aber im spanischsprachigen Teil der libertär-liberalen Welt ist er alles andere als ein Unbekannter.

Der 1956 geborene Huerta de Soto wurde bereits 1985 Professor der Ökonomie an der Madrider Complutense Universität. Seit 2000 ist er Ordinarius für Politische Ökonomie an der Rey Juan Carlos Universität.

Im Anschluß an Murray Rothbard und Marjorie Grice-Hutchinson erforschte er die Vorläufer der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, wobei seine Aufmerksamkeit vornehmlich der Schule von Salamanca galt. Gerne zitiert er den 1512 geborenen Diego de Covarrubias y Leyva (früherer Bischof von Segovia und Minister unter Philip II). De Covarrubias y Leyva habe bereits im 16. Jahrhundert erkannt, daß der Wert eines Objektes nicht in dessen Wesen liege, sondern einzig in der subjektiven Wertschätzung der Menschen, ganz gleich wie töricht diese auch sein möge. Damit habe er den Subjektivismus, wie er von Menger, Böhm-Bawerk, Mises und Hayek betont wurde, lange

vor allen Österreichern erkannt und formuliert.

Es sei wiederum ein Spanier gewesen, der 27 Jahre vor Carl Menger das Wertparadox (kurz: „Warum sind Diamanten, obwohl von geringerem Nutzen für den Menschen, teurer als Güter mit höherem Nutzen wie z.B. Brot?“) gelöst habe, nämlich Jaime Balmes, der in einem frühen Aufsatz gezeigt habe, daß der Grenznutzen durch die Knappheit des Gutes bestimmt werde.

Gleichwohl geht es Huerta de Soto darum, die Austrian School of Economics als Ganzes zu betrachten und die teils divergierenden methodischen Ansätze von Ludwig von Mises, Friedrich A. von Hayek und Murray Rothbard auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Wie auch immer, seine Vorliebe gilt nach wie vor dem Oeuvre des Ludwig von Mises. So nahm er 1997, gemeinsam mit anderen, die spanische Gesamtausgabe in Angriff, und erst kürzlich erläuterte er in einem umfangreichen Aufsatz für das *Journal for the New Europe*, welche Vorzüge dem wohl wichtigsten Werk von Mises, nämlich *Human Action*, als ökonomisches Lehrbuch zufallen (Vergleiche dazu Jesús Huerta de Soto, „Ludwig von Mises' *Human Action* as a textbook of economics“, in: *Journal for the New Europe* 1.1, 2004, S. 5-62).

*Herzlichen Glückwunsch!*



*Dem spanischen Ökonomen Jesús Huerta de Soto wurde am 18. Februar im Rahmen des Brüsseler CNE-Capitalist Ball der Adam Smith Award überreicht. Mit dieser Auszeichnung ehrt das Centre for the New Europe den führenden Vertreter der Österreichischen Schule in Spanien. Jesús Huerta de Soto ist nicht nur durch seine Beiträge zur Bank- und Kapitaltheorie sowie seine Studien über die Ursprünge und Vorläufer der Austrian Economics hervorgetreten (insbesondere zur Schule von Salamanca), sondern auch durch sein ungebrochenes Engagement für die Ausbreitung liberalen Denkens in den spanischsprachigen Teilen dieser Welt. Mehr von und über Jesús Huerta de Soto finden Sie unter:*

*[www.jesushuertadesoto.com](http://www.jesushuertadesoto.com)*

## Berliner Welle!



*„In Deutschland ist auf einem von der Politik geschaffenen künstlichen Markt ein parasitäres Wirtschaftsgeflecht nach dem Vorbild des militärisch-industriellen Komplexes des Kalten Krieges entstanden.*

*Durch die gesetzliche Verpflichtung, teuren Wind- und Solarstrom abzunehmen, und durch das Versprechen sicherer und moralisch absolut sauberer Kapitalerträge werden entmündigten Verbrauchern und gutgläubigen Anlegern Milliarden aus der Tasche gezogen,“ schreibt Edgar Gärtner in seinem Beitrag über „Grüne Amigos“.*

Mehr von und über Edgar Gärtner erfahren Sie unter:  
<http://www.gaertner-online.de/index.html>



Gutmenschen haben es mit der ihnen eigenen Unverfrorenheit seit jeher leicht in Deutschland. Seit langem glauben deutsche Politiker und die Mehrheit ihrer Wähler fest an die Segnungen einer von weisen Patriarchen oder Konsensrunden von Spitzenpolitikern und Verbandsfürsten geregelten Hauswirtschaft, die wahlweise als „korporatistisches Modell“ oder „rheinischer Kapitalismus“ firmiert. Freihandel erscheint ihnen als Alptraum. Märkte mögen sie eigentlich nur in Form folkloristischer Wochen- oder Jahrmärkte, die das Gleichmaß der überregulierten Hauswirtschaft etwas auflockern. Ganz oben in ihrer Gunst stehen Weihnachtsmärkte. Wozu braucht man auch das freie Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, wenn man ohnehin davon überzeugt ist, das einzig Richtige zu tun? Das scheint heute der Schutz des „Weltklimas“ zu sein. Zwar weiß niemand so recht, was darunter zu verstehen ist. Doch es hört sich gut an. (Der Verfasser hat in seinem Ökologie-Studium einmal gelernt, dass „Klima“ die durchschnittliche Wetterneigung einer Region gegenüber einer anderen ist. Was aber ist die durchschnittliche Wetterneigung der Welt als Ganzes?)

Tatsächlich handelt das Kyoto-Protokoll vom Dezember 1997, worauf sich der Begriff „Klimaschutz“ bezieht, vom Versuch, den globalen Temperaturmittelwert der Festlandsoberfläche der Erde durch eine Verminderung des Ausstoßes

sogenannter Treibhausgase aus der Verbrennung von Kohle und Öl zu stabilisieren. Doch wer könnte mit „Mittelwertschutz“ Politik machen? Da ist es schon besser, von „Klimaschutz“ und Weltfrieden zu sprechen. Nur so besteht für Berufspolitiker die Chance, ihren Wählern einzureden, teurer Strom aus vorgeblich „klimaschonenden“ Wind- und Solarkraftwerken sei besser als billiger aus Atom- oder Braunkohlekraftwerken. Wo kämen wir auch hin, wenn die Verbraucher aufgrund von Preissignalen des Marktes selbst entscheiden könnten, wie sie ihren Energiebedarf decken! Mit anderen Worten: Auch wer es gerne etwas wärmer hätte, soll dafür bezahlen, dass es auf Erden – entsprechend der herrschenden Öko-Theologie – kühl bleibt, weil Konsensrunden, in denen Normalsterbliche nicht vertreten sind, es so beschlossen haben.

Diese „Klimapolitik“ ist keine Erfindung der Grünen oder Roten. Sie begann in Deutschland bereits unter dem schwarzen Bundeskanzler Helmut Kohl. Seit 1991 sind die Stromnetzbetreiber verpflichtet, Strom aus „erneuerbaren“ Energiequellen wie Wasser-, Wind- und Solarkraftwerken unabhängig vom Bedarf jederzeit abzunehmen. Als sich vor Ort zunehmend Interessenskonflikte und Widerstände gegen die „Verspargelung“ der Landschaft durch riesige Windräder zeigten, hat der Bundestag 1996 quer durch alle Fraktionen einen kleinen Zusatz zum Paragraphen 35 des Baugesetzbuches (BauGB) be-

schlossen, der es möglich macht, Windräder, die höher sind als der Kölner Dom, schneller genehmigt zu bekommen als eine Frittenbude. Initiator der Privilegierung von Windkraftanlagen (WKA) im Baurecht war der schleswig-holsteinische Abgeordnete Dietrich Austermann, haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag. Er brachte aus seiner eigenen Rechtsanwalts-Praxis und als Mitglied im Beirat des Bundesverbandes Erneuerbare Energien (BEE) langjährige Erfahrungen mit der Genehmigung von Windparks an der Küste mit und verfügt als Mitglied des Verwaltungsrates der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) praktischerweise auch gleich über das notwendige Wissen über Möglichkeiten der Beschaffung günstiger Darlehen.

Als Rot-Grün 1998, für manche etwas unverhofft, die Regierungsverantwortung übernahm, hatte sich rund um die „erneuerbaren“ Energien längst ein dichtes politökonomisches Geflecht ausgebildet, in dem gelten soll: Nicht Angebot und Nachfrage, sondern maßgeschneiderte Gesetze und Paragraphen bestimmen Umsatz- und Gewinnchancen. Deshalb zeigen die heute von Bürgerinitiativen erstellten Listen von Politikern, die von der Verwandlung Deutschlands in einen Vogelscheuchenspark profitieren, noch heute ein auffälliges Übergewicht von Unionspolitikern. Dazu gehört zum Beispiel neben Austermann der

CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Ramsauer, der als Inhaber der Firma Ramsauer Talmühle Elektrizitätswerk und Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern ein unmittelbares Interesse an hohen gesetzlich festgesetzten Einspeisevergütungen für „grünen“ Strom hat. Eine Schlüsselrolle spielt auch Peter Paziorek, der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er brüstet sich sogar im Internet damit, dass in seinem Wahlkreis Warendorf in Westfalen Windkraftanlagen förmlich aus dem Boden schießen.

*„Im Detail legte das EEG fest, wie hoch die Stromnetzbetreiber und im Endeffekt die Verbraucher die gesetzlich erzwungene Abnahme teuren Wind- und Solarstroms vergüten müssen: Für Strom aus kleinen Wasserkraftwerken und Windrädern zum Beispiel bis zu über 9 Eurocent je Kilowattstunde (KWh), das heißt dreimal mehr als die durchschnittlichen Stromerzeugungskosten in Deutschland.“*

Die neuen Machthaber der Berliner Republik brauchten also nur konsequent auf dem bereits eingeschlagenen Weg fortzufahren. Das taten sie mit dem im März 2000 verabschiedeten Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (EEG). Zu dessen Urhebern zählen der württembergische SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer und sein fränkischer Kollege Hans-Josef Fell von den Grünen. Scheer ist Präsident der Lobby-Vereinigung EUROSOLAR und Vorsitzen-

der des Weltrates für Erneuerbare Energien. Fell ist Vorsitzender der deutschen Sektion von EUROSOLAR und Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen für Forschung Technologie. Hermann Scheer erhielt 1999 den alternativen Nobelpreis und wurde 2002 vom US-Magazin TIME zum „Hero for the Green Century“ gekürt. Auch Fell wurde von seinen Freunden mit etlichen Preisen für die Förderung sauberer Energien bedacht und macht kein Hehl daraus, dass er als Geschäftsführer der Hammelburger Solarstrom GmbH mit „grünem“ Strom auch Geld verdient. Scheer dürfte übrigens schon mit seinen Bestseller-Büchern über das herausziehende „Solarzeitalter“ und deren Popularisierung in jährlich etwa hundert bezahlten Vorträgen mehr verdienen als durch sein Bundestagsmandat.

Im Detail legte das EEG fest, wie hoch die Stromnetzbetreiber und im Endeffekt die Verbraucher die gesetzlich erzwungene Abnahme teuren Wind- und Solarstroms vergüten müssen: Für Strom aus kleinen Wasserkraftwerken und Windrädern zum Beispiel bis zu über 9 Eurocent je Kilowattstunde (KWh), das heißt dreimal mehr als die durchschnittlichen Stromerzeugungskosten in Deutschland. Es kam zu einem Boom von Windkraftfonds, die bei Gutverdienern mithilfe des Versprechens einer Steuerersparnis von über 100 Prozent für eine absolut saubere, sichere und profitable Geldanlage innerhalb weniger Jahre über sieben Milliarden Euro mobilisiert und damit über in Deutschland über 16.000 Windkraftanlagen (WKA) gebaut haben.



*Was für den menschlichen Kreislauf stimmt, muß nicht für den Wirtschaftskreislauf gelten: Energie erneuern durch Sonne tanken.*

Die Windkraftfirmen bedankten sich im Jahre 2002 mit großzügigen Spenden für die Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der Grünen Partei. Über die Hälfte (300.000 von 550.000 Euro) der nach dem Parteiengesetz angabepflichtigen Großspenden von Firmen und Verbänden stammte bei den Grünen im Jahre 2002 von Windkraftfirmen. Zu den Großspendern gehörten die Regensburger Ostwind-Verwaltungs GmbH mit 71.000 Euro, die beiden Betreiber des Windparks im hessischen Lichtenau mit insgesamt 52.500 und die EWO Energietechnologie GmbH am gleichen Ort mit 40.000 Euro sowie das Umweltkontor Renewable Energy im rheinischen Erkelenz mit 50.000 Euro ...

Ihre Rechnung ging auf. Im Herbst 2002 wurde Rot-Grün wieder gewählt. Geholfen hat ihnen dabei freilich auch das Elbe-Hochwasser im August des gleichen Jahres. Der Grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin und sein Kanzler nutzten die Gelegenheit, um ihren Wählern in Gummistiefeln vor laufender Kamera

Hoffnung zu machen, durch den Bau von noch mehr Windrädern ließen sich die Naturgewalten vielleicht besänftigen. Erst unter Rot-Grün erlangten die „erneuerbaren“ Energien bei der breiten Bevölkerung hohe Sympathiewerte. Meinungsumfragen zufolge sprechen sich fast 60 Prozent der Deutschen für deren stärkere Förderung aus. Das Argument, die neuen Energien bedürften einer „Anstoßfinanzierung“ nach dem Vorbild der staatlichen Finanzierung der Atomforschung, zieht.

Unterschlagen wird dabei freilich, dass die Entscheidung für den Bau der ersten kommerziellen Atomkraftwerke erst getroffen wurde, nachdem Versuchsreaktoren demonstriert hatten, dass man damit Strom günstiger als aus Steinkohle produzieren konnte. Verheimlicht wird auch, dass die Subventionen, die in die Erschließung der Atomenergie geflossen sind, durch die zuverlässige Produktion von billigem Atomstrom für umgerechnet 2 Cent je kWh über Jahrzehnte Staat und Gesellschaft längst um ein Vielfaches zurückgezahlt worden sind, während der Beitrag der WKA zur Energieversorgung wegen der Notwendigkeit des Betriebs von „Schattenkraftwerken“ für windstille Zeiten unterm Strich minimal bleibt. Als es der Karlsruher CDU-Bundestagsabgeordnete Axel E. Fischer Anfang Februar 2003 wagte, in einer Bundestagsdebatte den Sinn des EEG und der potemkinschen Windkraftwirtschaft öffentlich anzuzweifeln, zog er sich Buhrufe selbst von Seiten der eigenen Fraktion zu. Es kam zu einer parteiübergreifenden Mehrheit für die Fort-

schreibung des EEG.

So konnte Bundesumweltminister Jürgen Trittin, der mit seiner forschen Art eher als Kettenhund denn als Stratege der sauberen Amigowirtschaft gilt, Anfang Juni 2004 in Bonn auf der Konferenz „renewables2004“ vor Delegierten von 154 Ländern großspurig verkünden: „Das Zeitalter der erneuerbaren Energien hat begonnen.“ Das zeigt: Die Wortführer der hochsubventionierten Wind- und Solarwirtschaft sehen sich als Sachwalter des Weltgeistes. Keine Spur von schlechtem Gewissen. Im Gegenteil: Sie zeigen sich fest davon überzeugt, das absolut Gute zu vertreten. „Solarenergie ist saubere und friedliche Energie, die das Klima schützt und um die niemand in der Welt Krieg führen muss“, verkündete Diplomingenieur Frank H. Asbeck, Mitglied der Grünen und Vorstandssprecher des aktuellen Börsenstars Solarworld AG (Bonn), in einem kurz vor Weihnachten 2004 im Internet veröffentlichten Grußwort an seine Aktionäre. Mit großer Befriedigung konnte Asbeck die vorzeitige Aufnahme des erst 1999 an die Börse gegangenen Vermarkters und Herstellers von Photovoltaik-Modulen für die Umwandlung von Sonnenlicht in elektrischen Strom in den deutschen Technologie-Aktienindex TecDax verkünden. In nur fünf Jahren hat sich die Mitarbeiterzahl der Firma von 12 auf 600 verfünzigfacht. Schon in diesem Jahr will Asbeck die Zahl von 1000 Mitarbeitern erreichen. Der Kurs von Solarworld legte 2004 um rund 500

Prozent zu. Die kleinere Konkurrentin Solon AG (Berlin) schaffte gar 700 Prozent.

Noch bewegt sich der Börsenwert der deutschen Solarfirmen freilich in eher bescheidenen Größenordnungen. Bei Solarworld betrug er gegen Ende 2004 etwa 370 Millionen Euro, bei Solon gar nur 60 Millionen Euro. Doch Asbeck sieht einen Weltmarkt für Solarmodule von 30 Milliarden Euro. Und sein Parteifreund Umweltminister Trittin tut offenbar alles, um politisch korrekten deutschen Firmen zu helfen, diesen verheißungsvollen Markt zu erobern. „Was ich mache, ist Standortpolitik“, erklärte Trittin im April 2004 in einem SPIEGEL-Interview. Schon in der 2002 von der Bundesregierung verabschiedeten „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ war festgesetzt worden, den Anteil der „Erneuerbaren“ am deutschen Stromverbrauch bis 2010 auf 12,5 Prozent und bis 2050 auf 50 Prozent zu steigern. Tatsächlich stieg der Anteil von Ökostrom seit dem ersten Wahlsieg von Rot-Grün im Jahre 1998 von 4,6 auf über 8 Prozent.

Trittin konnte sich im November 2004 auf einer britisch-deutschen „Klimakonferenz“ in Berlin damit brüsten, Deutschland nehme bei der Windenergie weltweit mit großem Abstand den ersten und bei der Photovoltaik nach Japan den zweiten Platz ein. Diese Branchen setzten jährlich 10 Milliarden Euro um und beschäftigten bereits

120.000 Menschen. Bis 2015 sollen in Deutschland durch die Umsetzung des Aktionsplanes der „renewables 2004“-Konferenz 300.000 neue Jobs entstehen. Vor allem mit China, das seinem Strommangel auf dem Land abhelfen möchte, indem es bis 2010 seinen Wasser-, Wind- und Solarstrom-Anteil auf 10 Prozent erhöht, hoffen Trittin und seine Freunde gute Geschäfte machen zu können. Kein Wunder, dass Frank Asbeck seinen Parteifreund Außenminister Joseph Fischer begleitete, als dieser letztes Jahr das Reich der Mitte besuchte.

*„Die überfallartige Verwandlung der norddeutschen Tiefebene und einiger Mittelgebirge in eine bizarre Industrielandschaft durch die Errichtung von mehr als 16.500 bis zu 180 Meter in den Himmel ragende Propeller-Ungetüme scheint in eine Sackgasse geraten zu sein.“*

Doch in letzter Zeit läuft nicht mehr alles nach Plan. Es entbehrt nicht einer gewissen Symbolik, dass die Aktie von Solarworld nun im TecDax den Platz einnimmt, den zuvor der Windkraftanlagenbauer Repower AG einnahm. Diese vom ehemaligen Shell-Vorstand und Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt geleitete Firma war das letzte noch im TecDax vertretene Windkraft-Unternehmen. Während Solaraktien steil nach oben schossen, zeigten Windenergieaktien wie die

von der Repower AG, der Nordex AG oder der Plambeck Neue Energien AG im letzten Jahr eine beinahe ebenso spektakuläre Abwärtsbewegung. Die zuletzt genannte Firma, deren Aktien inzwischen dauerhaft auf einem Junk-Niveau unter einem Euro notieren, zählt inzwischen bei der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz zu den größten Kapitalvernichtern. Nicht viel besser steht es um etliche Windkraft-Fonds. Da der Wind in den letzten Jahren viel schwächer blies als in den Ertrags-Projektionen angenommen und zahlreiche kostenträchtige Pannen und Unfälle mit Windrädern eintraten, mussten manche Anleger ihrem verlorenen Geld sogar noch frisches nachschießen, um Fonds vor der Pleite zu bewahren. Einige Fonds wie die Koblenzer Provento Beteiligungsgesellschaft mussten aufgrund vermutlich krimineller Machenschaften ihrer Geschäftsführung schon dicht machen.

Die überfallartige Verwandlung der norddeutschen Tiefebene und einiger Mittelgebirge in eine bizarre Industrielandschaft durch die Errichtung von mehr als 16.500 bis zu 180 Meter in den Himmel ragende Propeller-Ungetüme scheint in eine Sackgasse geraten zu sein. Von der Verunstaltung ihrer Umwelt durch blinkende und Schatten schlagende Rotoren, vom enteignungsartigen Verfall ihrer Immobilienpreise betroffenen und durch das unhörbare tiefe Brummen der Windräder um den Schlaf gebrachte Landbewohner, die zum großen Teil leider etwas spät bemerkt haben, was in unserem Lande abgeht, kämpfen inzwischen in Hunderten von Bür-



*Don Quichotte: ein Vor(be)-kämpfer der Windenergie?*

gerinitiativen gegen die Ansiedlung weiterer Windparks an den letzten noch verbliebenen „windhöffigen“ Standorten im Binnenland. Und sie setzen sich dabei neuerdings, trotz einer für sie ungünstigen Rechtslage wegen der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft, auch gelegentlich durch. So zum Beispiel vor wenigen Wochen die Betreiber eines Segelflugplatzes bei Grünstadt in der Pfalz in einem Verfahren gegen den regionalen Windparkbetreiber G.A.I.A. mbH (Lamsheim) beim Bundesverwaltungsgericht.

In der Regionalpresse häufen sich Berichte über staatsanwaltliche Ermittlungen gegen Windparkbetreiber wegen des Verdachts der Bestechung von Bürgermeistern und Gemeinderäten. Um hochverschuldete Landgemeinden windkraftfreundlich zu stimmen, sind „Schenkungsverträge“ für Kindergärten oder „projektbezogene Zuwendungen“ für den Bau von Straßen oder anderen Infrastrukturen gang und gäbe. Nicht alles ist strafbar, solange es dabei nicht zur persönlichen Vorteilsnahme kommt. Aber wenn auf einmal wie in Bellheim in der Südpfalz die Äcker sämtlicher Gemeinderäte zu WKA-Standorten werden, für die je

Windrad üblicherweise 15.000 Euro und mehr Pacht im Jahr bezahlt werden, kann das kaum mit rechten Dingen zugegangen sein. So wächst der Widerstand im Land.

Aber auch die Exporterfolge der deutschen Windanlagenbauer blieben bislang mit einer Exportquote unter 20 Prozent gegenüber einer Exportquote von 70 Prozent beim Maschinenbau eher bescheiden. Erst im vergangenen Jahr soll der Ausfuhranteil mithilfe von Fördergeldern der Exportinitiative Erneuerbare Energien auf 30 Prozent gesteigert worden sein. In Zukunft, so Stephan Kohler, der Geschäftsführer der Deutschen Energie Agentur (Dena), soll der Exportanteil über 50 Prozent steigen. Ob das realistisch ist, steht dahin. Als möglicher Ausweg erscheint da vielen der Bau riesiger Windkraftanlagen auf hoher See. Doch es zeichnet sich ab, dass die bereits beantragten drei Dutzend Projekte vor der deutschen Nord- und Ostseeküste nicht nur wegen hoher Kosten und technischen Problemen, sondern vor allem aus Gründen des Naturschutzes scheitern werden. Schon haben die Großbanken verkündet, die Risiken dieser Projekte nicht finanzieren zu wollen.

Deshalb setzen die führenden Windanlagen-Bauer jetzt hauptsächlich auf den Ersatz bereits bestehender Windräder durch noch weitaus größere. „Repowering“ nennen sie das. So forderte der Elektroingenieur Aloys Wobben, Chef der inzwischen schon legendären Enercon GmbH in Aurich in Ostfriesland, die den deutschen Windanlagen-Markt mit einem Anteil von über

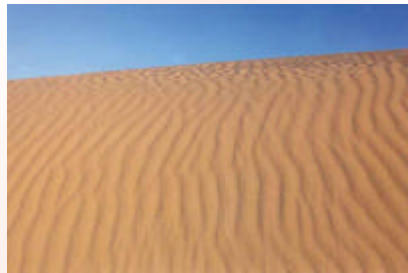
54 Prozent unangefochten dominiert, kürzlich den Bau von 5.700 großen Windkraftanlagen vom Typ Enercon 112 mit einer Nabenhöhe von 124 Metern und einem Rotordurchmesser von 114 Metern. „Das sind nur zwei Türme je Dorf“, versucht Wobben Einwänden zuvor zu kommen. Nur so könnten die 4.000 Arbeitsplätze seiner Firma in Deutschland (von über 6.000 weltweit) gesichert werden. Wobben verlässt sich dabei eher auf grün infizierte Schwarze als auf grüne oder rote Freunde in der Politik, wenn er fordert: „Für den Schöpfungserhalt müssen dringende Änderungen passieren. Wir müssen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Kohlekraftwerke und Straßenverkehr reduzieren und auf regenerative Energien umsteigen.“ Offene Ohren findet er damit beim niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU), der schon seit über einem Jahrzehnt dem Bundesverband Windenergie (BWE) angehört und an einer Anwaltskanzlei beteiligt ist, die viel Geld mit der Betreuung von WKA-Projekten verdient.

Auch Frank Asbeck beteiligte sich, als er noch Kreispolitiker der Grünen in Siegburg bei Bonn war, früher selbst an der Errichtung von Windparks bei Schleiden in der Eifel, wobei ihm Michael Hustedt, die energiepolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, zur Seite stand. Damals umwarb Asbeck rheinische Investoren mit der Parole „Strom vom lieben Gott.“ Doch er hat rechtzeitig die Kurve gekriegt. Heute konzentriert er sich

nach eigenen Aussagen zu 100 Prozent auf die Solarenergie und wirbt mit flotten Sprüchen wie „*Aus Sand Strom machen.*“ Gemeint sind die Silizium-Scheiben, die Sonnenlicht in Strom umwandeln. Deren Rohstoff ist tatsächlich Sand.

Doch um daraus funktionierende Solarzellen zu machen, muss erst einmal viel Energie und Chemie aufgewendet werden. Vor allem braucht man für die Herstellung der Silizium-Scheiben Chlor. Dieses lässt sich nicht mithilfe von Wind- oder Solarstrom gewinnen, sondern nur mithilfe großer Mengen des kontinuierlich fließenden billigen Stroms aus Atom- oder Braunkohle-Kraftwerken. Alles kein Problem, solange es einem guten Zweck dient, sagte sich Asbeck und tat sich mit dem Chemiekonzern Degussa in der Joint Solar Silicon GmbH & Co. KG (JSSI) zusammen, um ein neuartiges Verfahren zur Abscheidung von Solarsilizium anwendungsreif zu machen. Asbeck wird nicht müde, potentiellen Investoren vorzuschwärmen, der größte Vorteil von Solarworld sei die Tatsache, dass es sich hierbei um die einzige Solarfirma der Welt handelt, die die gesamte Wertschöpfungskette vom Rohstoff bis zur Vermarktung fertiger Solarmodule lückenlos beherrscht.

Auslöser des aktuellen Solar-Booms ist die Anfang Juli 2004 vom Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat verabschiedete No-



„*Aus Sand Strom machen*“

„*Doch um daraus funktionierende Solarzellen zu machen, muss erst einmal viel Energie und Chemie aufgewendet werden. Vor allem braucht man für die Herstellung der Silizium-Scheiben Chlor. Dieses lässt sich nicht mithilfe von Wind- oder Solarstrom gewinnen, sondern nur mithilfe großer Mengen des kontinuierlich fließenden billigen Stroms aus Atom- oder Braunkohle-Kraftwerken.*“

velle des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG). Bis zu 57,4 Eurocent je Kilowattstunde (KWh) kassieren Hausbesitzer, die sich Photovoltaik-Module auf ihr Dach montieren lassen, wenn sie den dort produzierten Strom ins öffentliche Netz einspeisen. Das ist beinahe das 30-fache der Kosten von Strom aus Atom- oder Braunkohlekraftwerken, die in Deutschland etwa zwei Cent je KWh betragen. Die Netzbetreiber sind nach dem EEG verpflichtet, solchen Strom unabhängig von ihrem tages- und jahreszeitlich schwankenden Bedarf abzunehmen, sobald er anfällt. Selbst Strom aus großen, von kommerziellen Betreibern auf Freiflächen aufgestellten Photovoltaik-Anlagen müssen sie für 45,7 Cent je KWh in ihre Netze ein-

speisen.

Die Netzbetreiber, das heißt in der Hauptsache die vier großen Energieversorgungsunternehmen E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW sowie über 1.500 lokale Versorger, können diese Zusatzkosten wegen des geringen Wettbewerbs auf dem deutschen Strommarkt problemlos an die Endverbraucher weiter geben und dabei (wie die Kartellbehörden vermuten) sogar noch einiges aufschlagen. Die Stromverbraucher jedoch haben kaum Möglichkeiten, der staatlich verordneten Abzocke zu entgehen.

Hoffnungen auf einen Machtwechsel in Berlin brauchen sich die geschröpften Normalverbraucher gar nicht erst zu machen. CDU-Chefin Angela Merkel hat bereits angekündigt, eine Abschaffung oder Änderung des EEG stehe nicht zur Debatte. Es gibt in den Reihen der heutigen Opposition einfach zu viele, die davon profitieren. Gefahr droht dem EEG dagegen aus Brüssel. Denn garantierte Stromeinspeisetarife gelten in der EU, die auf den Zertifikatehandel setzt, als ausgesprochener Fremdkörper. Das hat dort weniger mit festen marktliberalen Überzeugungen zu tun als mit der Erfahrung, dass man sich in der Energie- und Umweltpolitik der EU, wenn überhaupt, nur auf einigermaßen marktkonforme Instrumente einigen kann. So bleibt den kleinen Leuten, die sich keine Solaranlage aufs Dach setzen können, wenigstens der Trost, dass die ausgleichende Gerechtigkeit des Marktes, wie bei den Wind-Fonds beobachtet, am Ende doch zuschlagen könnte.

## Berlin wird zum Zentrum einer obskuren Gegenwissenschaft

Wenn es auf der Erde etwas wärmer wird, sollte es unterm Strich mehr Menschen besser als schlechter gehen. So rechnen alle, die noch halbwegs bei Trost sind. Tatsächlich haben zwei ganz unverdächtige Ökonomen vom MIT in Boston/Massachusetts (William D. Nordhaus und Joseph Boyer) schon vor Jahren gezeigt, dass Versuche, den Klimawandel aufzuhalten, mindestens doppelt so teuer kommen wie der Klimawandel selbst. Doch dürfen sich Normalsterbliche überhaupt auf den gesunden Menschenverstand berufen? Schon der sozialistische Säulenheilige Friedrich Engels verneinte diese Frage, indem er den gesunden Menschenverstand als „haus-backenen Gesellen“ abqualifizierte. Und so sieht es offenbar auch die neue Elite der Berliner Republik. Am 1. Dezember 2004 hielt Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin, ihre Antrittsvorlesung in der altherwürdigen Humboldt-Universität zu Berlin unter dem verheißungsvollen Titel „50 years after tomorrow – where will we be? Oder: die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels.“ Dort rechnete die junge Professorin mit Star-Allüren mithilfe eines unverdaulichen alchemistischen Gebräus aus Greenpeace-Endzeit-Kitsch und Wirtschaftsmathematik vor, der Klimawandel werde schon bei einer Erhöhung der Durchschnittstemperatur von nur einem Grad Celsius

bis zum Jahre 2050 weltweit Schäden in Höhe von 214 Billionen (!) Dollar verursachen. Logische Schlussfolgerung: Nichts darf uns zu teuer sein, um den Klimawandel aufzuhalten. Eine Wirtschaft verdient erst dann das Prädikat „nachhaltig“, wenn sie unterm Strich nur noch subventionierte Arbeitsplätze schafft.

Diese Logik wird nun wohl auch in das bislang ebenfalls in Berlin ansässige Umweltbundesamt (UBA) einziehen, das dem Trittin-Ministerium untersteht. Vor wenigen Jahren musste Prof. Andreas Troge, sein Präsident, noch um das Überleben seiner Behörde kämpfen, da selbst im Regierungslager hin und wieder die Frage aufkam, wozu das Amt mit einem Jahresetat von fast 100 Millionen Euro, dessen Aufgaben sich zum Teil mit denen anderer Bundesbehörden wie etwa dem Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) überschneiden, eigentlich gut sei. Seit Troge die freigewordene Stelle des Leiters des wichtigen Fachbereiches 1 des UBA „Umweltplanung und Nachhaltigkeitsstrategien“ neu besetzt hat, lässt sich diese Frage beantworten. Den Zuschlag bekam Harry Lehmann, der Vizepräsident von EUROSOLAR. Lehmann leitete bislang das im Auftrag von Greenpeace tätige Institute for Sustainable Solutions and Innovation (Isusi) in Aachen. Dort glaubt Lehmann gezeigt zu haben, dass bis zum Jahre 2050 sogar der vollständige Abschied von nicht erneuerbaren Energien möglich ist. Wir können uns auf einiges gefasst machen.



**William D. Nordhaus und sein mit Joseph Boyer 2003 publiziertes Buch „Warming the World“**

*„Sie haben schon vor Jahren gezeigt, dass Versuche, den Klimawandel aufzuhalten, mindestens doppelt so teuer kommen wie der Klimawandel selbst.“*

**Buchdetails:**

ISBN 0-262-64054-6  
6 x 9, 246 pp., 33 illus.  
\$24.95/£16.95 (PAPER)



## Grünfutter!



*Zum Auftakt der „Grünen Woche“ in Berlin präsentierte Greenpeace eine Neuauflage des Einkaufsratgebers „Essen ohne Gentechnik“ mit einem Schwerpunkt auf Molkereiprodukte. Der Verein wendet sich gegen die Versorgung von Milchkühen mit gentechnisch veränderten Futtermitteln.*

*Thomas Deichmann sprach mit Prof. Dr. Klaus-Dieter Jany über die Hintergründe der umstrittenen Thematik.*

*Am 25. Februar 2005 erschien sein Interview auf der Website <http://www.gruene-biotechnologie.de/inhalte/interviewjany.html>.*

*„Die Warnungen vor gentechnisch verändertem Futter sind überzogen“, so sein Resümée.*

*Wir danken Herrn Deichmann für die freundliche Genehmigung zum Wiederabdruck.*

*Thomas Deichmann ist Chefredakteur des Magazins novo ([www.novo-magazin.de](http://www.novo-magazin.de)).*

*Was ist dran an den Warnungen vor gentechnisch verändertem Futter?*

**Jany:** Ich halte sie aus wissenschaftlicher Sicht für überzogen. Solche Soja- oder Maisfutterstoffe werden im außereuropäischen Ausland schon seit 1996 kommerziell angebaut. Weltweit ist seither noch kein einziger Schadensfall an Mensch oder Tier tatsächlich nachgewiesen worden. Kein Wunder, denn gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel werden vor ihrer Zulassung sehr streng getestet und staatlich überprüft. Der gentechnische Eingriff ist in aller Regel sehr begrenzt und das Ergebnis kontrollierbar. Ein Gentransfer in Pflanzen bewirkt meistens, dass nur ein einziges zusätzliches Protein produziert wird – z.B. ein Bt-Toxin, das sich zielgenau gegen bestimmte Fraßschädlinge wie die Maiszünslerlarven richtet. Für Mensch und Tier sind diese Wirkstoffe, die auch im Ökolandbau gespritzt werden, ungefährlich.

*Dem Einkaufsratgeber ist zu entnehmen, dass sie meisten Großmolkereien nicht auf gentechnikfreie Futtermittel umsteigen. Sind sie gut beraten?*

**Jany:** Diese Entscheidung sei jedem freigestellt, es ist aber auch die Frage, ob sie überhaupt können. Es gibt zumindest keine wissenschaftlich fundierte Begründung für einen

Umstieg. Viele Landwirte wissen das, nutzen seit Jahren GV-Futtermittel und stehen im harten Wettbewerb. Da überlegt man, ob man teureres gentechnikfreies Futter einkauft. Die Mehrkosten für zusätzliche Logistik und Nachweispflichten bei solchen Waren belaufen sich auf 5 bis 25 Euro je Tonne. Die Frage ist letztlich, ob Verbraucher dazu bereit wären, diese Mehrkosten zu tragen. Ich habe meine Zweifel. Einer aktuellen Emnid-Umfrage im Auftrag des Raiffeisenverbandes zufolge stufen die meisten Verbraucher richtigerweise Frische, Preis und Qualität als wichtigste Faktoren bei der Kaufentscheidung ein.

*Im Einkaufsratgeber ist von „Gen-Milch“ die Rede. Laut dieser Umfrage verstehen viele Verbraucher darunter eine gentechnische Veränderung der Milch. Was ist davon zu halten?*

**Jany:** Der Begriff suggeriert ja eine Veränderung der Milch. Aber dafür gibt es keine Hinweise. Es ist wissenschaftlich gesichert und unstrittig, dass die Verfütterung von GV-Futter nicht dazu führt, dass sich die Milch dieser Kühe von der Milch anderer Kühe unterscheidet.

*Kritiker erwidern, das liege nur an unzureichenden Nachweismöglichkeiten und es sei eine Frage der Zeit, bis DNA-Schnipsel von GV-Futter in der Milch gefunden werden.*

**Jany:** Gewiss werden unsere Nachweismöglichkeiten immer besser. Aber das heißt nicht, dass die jetzt genutzten keine fundierten Aussagen über die Zusammensetzung und die Sicherheit von Milch erlauben. Außerdem ist die Grundannahme unzulässig, dass DNA-Bruchstücke aus GV-Futtermitteln grundsätzlich gefährlich seien. DNA ist ein ganz normaler Bestandteil unserer täglichen Nahrung. Mit jedem Schinkenbrot nehmen wir unzählige „fremde“ Gene zu uns. Und gentechnisch veränderte DNA verhält sich im Verdauungsprozess der Milchkuh genauso wie nicht gentechnisch veränderte Pflanzen-DNA.

*Warum sind Importe von GV-Futtermitteln zu solch einem großen Thema geworden?*

**Jany:** Seit letzten Frühjahr gelten die neuen EU-Verordnungen zur Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln. Seither müssen auch Sojaimporte transgenen Ursprungs ein Label tragen. Hinzu kommt, dass der Gesetzgeber festgelegt hat, dass tierische Lebensmittel, also Milch, Eier oder Fleisch, die von Tieren stammen, die mit GV-Futter versorgt wurden, nicht kennzeichnungspflichtig sind. Das missfällt nicht nur Gentechnik-Kritikern; aber nach der Gesetzeslage ist es stimmig. Nur solche Waren fallen unter die Kennzeichnungspflicht, die „aus gen-

technisch veränderten Organismen“ gewonnen wurden, nicht aber solche, die „mit Hilfe eines GVO“ hergestellt worden sind. Wären auch letztere einbezogen worden, hätte sich die angestrebte Wahlfreiheit erübrigt, weil dann sehr viele Lebensmittel als GVO-Ware gekennzeichnet werden müssten. Weit mehr als die Hälfte unserer Nahrungsmittel kommt mit der Gentechnik in Berührung. Ein Beispiel aus der Molkereibranche sind gentechnisch veränderte Mikroben, die das Labferment für die Milchgerinnung bei der Käseherstellung liefern. Früher stammte dieses Enzym aus Kälbermägen.



NOVO gibt es als Heft und online. Das Magazin stellt sich ... gegen Zensur, Verbots- und Ausgrenzungsdanken, Overprotectionism und Verhaltensregulierung. Es steht für den Versuch, in Gesellschaft und Wissenschaft nicht auf die alten Sicherheiten zu setzen, sondern auf das evolutionäre Potential einer freiheitlichen und zivilen Gesellschaftsvision.



## Leseempfehlungen

T.D.: "Frische Milch in alten Schläuchen" ([www.gruene-biotechnologie.de](http://www.gruene-biotechnologie.de)).

T.D.: "Gratwandern zwischen gemeinnützig- und gemeingefährlich Seit wann respektiert Greenpeace die Gesetze?" ([www.gruene-biotechnologie.de](http://www.gruene-biotechnologie.de); am Ende des Artikels gibt es zahlreiche Links zu themenbezogenen Artikeln).

T.D.: "Was Konsumenten wollen müssen" ([www.gruene-biotechnologie.de](http://www.gruene-biotechnologie.de)).

## Websites

*Transgen:* [www.transgen.de](http://www.transgen.de)

*Biosicherheit:* [www.biosicherheit.de](http://www.biosicherheit.de)

*Erprobungsanbau:* [www.erprobungsanbau.de](http://www.erprobungsanbau.de)

*GVO-Kennzeichnung:* [www.kennzeichnung-gentechnik.de](http://www.kennzeichnung-gentechnik.de)



*Prof. Dr. Klaus-Dieter Jany ist Leiter des Molekularbiologischen Zentrums der Bundesforschungsanstalt für Ernährung und Lebensmittel (BFEL) in Karlsruhe und Vorsitzender des „Wissenschaftlerkreises Grüne Gentechnik e.V.“ ([www.wgg-ev.de](http://www.wgg-ev.de)). Auf Grundlage des vorliegenden Interviews erschien am 23.1.05 in der Welt am Sonntag der Artikel „Wissenschaftler kritisiert Greenpeace-Ratgeber“.*

## Salzburger Nockerln



*Im Sommersemester 2005 lehrt CNE's Head of Academic Affairs PD Dr. Hardy Bouillon auf Einladung des Wiener Hayek Institutes als Hayek Stiftungsgastprofessor an der Universität Salzburg, und zwar im Fachbereich Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.*

*Nach solch renommierten Professoren wie Christian Watrin, Viktor Vanberg, Karen Vaughn und Charles Blankart setzt er die vom österreichischen Hayek-Institut initiierte und getragene Reihe "rotierender" Gastprofessuren an Österreichs Universitäten fort. Die Hayek Stiftungsgastprofessuren dienen der Erforschung und Lehre der Österreichischen Schule der Nationalökonomie.*

*Hier schreibt Bouillon über die Inhalte seiner Veranstaltungen und über die positiven Externalitäten, die aus seiner neuen Verpflichtung für das Centre for the New Europe erwachsen.*

Think Tanks spielen traditionell eine Vermittlerrolle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Das *Centre for the New Europe* ist seit knapp drei Jahren in der erfreulichen Lage, dieser Aufgabe spezifischer nachgehen zu können, als es ihm zuvor möglich war.

Das neue *Journal for the New Europe* und die *CNE Liberty Library* sind Beispiele dieser Entwicklung. Aber in unserem Aktivitäten-Portfolio haben noch viele andere Projekte Platz. Selbstverständlich liegt die Entscheidung über die Aufnahme solcher Projekte nicht ausschließlich in unserer Hand. Auch die Absichten und Entwicklungen befreundeter Institute spielen dabei eine große Rolle — und Fortuna, wie z.B. bei den beiden Gastprofessuren, die mir für das letzte und dieses Semester angeboten wurden.

Im letzten Semester durfte ich an der WU Prag lehren. Nun steht Salzburg an. Ich bin dem Wiener Hayek Institut ungeheuer dankbar und freue mich sehr über die Gelegenheit, an der Universität Salzburg lehren zu können, vor allem über ein Gebiet, das mich mein ganzes Forscherleben lang fasziniert hat: Die Philosophie der *Austrian Economics*. Die Österreichische Schule der Nationalökonomie hat es besser als jede andere Schule verstanden, uns den Menschen als ein nach Freiheit und Selbstbestimmung strebendes Individuum, das seine subjektiven Wertvorstellungen als Akteur im Alltag wie im Wirt-

schaftsleben verfolgt, begreiflich zu machen — die erfolgreichste Verschmelzung von Philosophie, Ökonomie und Handlungswissenschaften, die ich kenne.

In meiner Vorlesung wird die Philosophie bzw. die Philosophien der *Austrian Economics* im Vordergrund stehen. Nicht nur, weil es sich um eine Hayek-Stiftungsgastprofessur handelt, sondern auch weil Hayeks Auffassungen Anlaß zu vielen Querweisen bieten, stehen seine erkenntnistheoretischen, methodologischen sowie gesellschaftsphilosophischen Überlegungen im Mittelpunkt der Vorlesung. Aber auch die zahlreichen Vorläufer der Österreichischen Schule sollen nicht zu kurz kommen, etwa Bernhard Mandeville, David Hume oder Adam Smith. Gleiches gilt für die neueren Generationen der Austrians.

Eine englische Sprachübung, die ebenfalls zum Veranstaltungskatalog gehört, bietet mir die Möglichkeit, die Studenten mit den Gedanken Anthony de Jasays vertraut zu machen. Gewiß, Jasay hat einen eigenständigen Libertarianismus entwickelt. Insofern kann man nur mit Blick auf sein Heimatland Ungarn sagen, daß ich eine Sprachübung zur Österreichischen Schule im Sinne der KuK-Monarchie anbiete.

Studenten, die sich im eigenständigen Denken üben wollen, können dies im Seminar über Eigentum tun. Im Vordergrund der Veranstaltung werden die Definition des Eigentums und der

daraus ableitbaren Konsequenzen für die Wirtschaftswissenschaften stehen.

Auf Wunsch der Universität werden Vorlesung und Seminar auch für andere Fachbereiche geöffnet und in Englisch abgehalten. Zudem haben wir Blockunterricht vereinbart, damit die Studenten die Möglichkeit haben, die außer-curricularen Angebote leichter in ihren Studienplan zu integrieren.

Für einen Think Tanker ist die Versuchung, Studierenden liberales Denken nicht nur zu erklären, sondern auch ideell näher zu bringen, naturgemäß groß. Aber es wäre fatal, dieser Versuchung nachzugeben. Zum einen gebietet es die intellektuelle Redlichkeit, wissenschaftliches Arbeiten und missionarischen Eifer zu trennen, zum anderen wäre es eine Verfehlung im Sinne des übernommenen Lehrauftrages. Hinzu kommt die eigene Erfahrung, daß erst mit der Einsicht der authentischen Wille zum Handeln wächst.

Neben der Lehre interessiert mich natürlich auch die Forschung. Besonders gespannt bin ich auf die Hayek Bibliothek, die ihren Sitz an der Universität Salzburg hat und dort der Fakultätsbibliothek für Rechtswissenschaften zugeordnet ist (Standort 3702).

Nach wie vor beschäftigen mich viele Fragen zum Hayek'schen Denken, vor allem solche, die methodologischer und philosophiestruktureller Natur sind. So wirft m.E. die von Hayek vor dem Hintergrund des Subjektivismus entwickelte kompositive Methode noch zahlreiche Fragen auf. Seine erkenntnistheoretischen Vorstel-

lungen, wie sie in der Idee der Mustererkennung und Mustervorhersage wiederzufinden sind, lassen aufschlußreiche Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen Klasse und Exemplifikator zu.

Darin, wie auch in großen Teilen seiner Gesellschaftstheorie spiegelt Hayek die sich ändernden Randbedingungen der sich von der Gemeinschaft zur Gesellschaft hin entwickelnden Menschheit. Zugleich, und das ist eine erst noch ausführlich zu dokumentierende Vermutung und die, philosophiestrukturell gesehen, interessantere These, ist seine Philosophie selbst ein Spiegel dieses Übergangs.

Betrachtet man Hayeks gelegentliche Zugeständnisse an die ansonsten vehement abgelehnte soziale Gerechtigkeit, so kann man darin Überbleibsel kollektivistischen Denkens erkennen, das erst im Rahmen einer rein individualistischen Gesellschaftsphilosophie obsolet wird.

Vor diesem Hintergrund ist die Suche nach einem logisch konsistenten Eigentums- und Freiheitsbegriff der Versuch, sich vom in sich widersprüchlichen Kollektivismusdenken zu verabschieden und die kollektivistischen Werte aus dem Bereich des Gesellschaftlichen, sprich der Politik, auszulösen und an ihren ursprünglichen Platz zurückzuführen: in die von Individuen frei gewählte Gemeinschaft.

Die in diesem Zusammenhang auftretenden Definitionsfragen beschäftigen mich schon seit 15 Jahren. So bedingen die

Begriffe Freiheit und Eigentum logisch einander — zumindest so wie sie in der klassisch liberalen Tradition verstanden werden. Von dem einen kann nicht sinnvoll gesprochen werden, ohne den anderen bereits als gegeben vorauszusetzen. Mit Freiheit und Eigentum verhält es sich so wie mit vielen anderen Begriffspaaren, die nur gemeinsam gedacht werden können, z.B. Ehemann und Ehefrau.

Individuelle Freiheit ohne Eigentum und Eigentum ohne individuelle Freiheit zu verwenden, würde zu semantischem Unfug führen. Sie zusammenhängend zu betrachten, führt wiederum aus logisch-analytischen Gründen zu bestimmten konstitutiven Merkmalen, mit deren Hilfe sich Eigentum nicht nur hinreichend klar (und alltagserfahrungsnah) und logisch konsistent definieren läßt, sondern auch logisch inkonsistente Definitionsversuche als solche enttarnbar werden, z.B. Suggestivdefinitionen.

Bedenkt man, daß solche Suggestivdefinitionen die Bedeutung des Eigentums als Wohlstands- und friedensstiftende Kraft erheblich unterminieren können, dann wird klar, daß Definitionsfragen nicht nur philosophische Spiegelfechtereien sind, sondern große gesellschaftspolitische Relevanz besitzen.

Diesen Zusammenhang zu erhellen, ist mir ein großes Anliegen und ein Beispiel dafür, wie wissenschaftliches Arbeiten und aufklärerisches Wirken eines Think Tankers unter Anerkennung ihrer Wasserscheide fruchtbar miteinander verknüpft sein können.